



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

E.: Aus Baiern : zum Jahresschluß.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

stützen und ihm den Trost gemüthlichen Verständnisses zu geben; sie trug in den Stunden des schwersten künstlerischen Ringens ihm muthig die Leuchte des Ideals voran und löste so in anspruchslosester Weise die höchste Aufgabe des liebenden Weibes.

Türschmann ist durch sein jeder Modulation fähiges Organ, durch völlige Beherrschung der Mimik und Gesticulation mit allen Mitteln der Technik wunderbar ausgerüstet. Seine Hauptbedeutung aber liegt nicht hierin, nicht in der außerordentlichen Leistungsfähigkeit des Gedächtnisses, sondern in der geistigen Durchdringung und Ausgestaltung der Dichtungen, in der genialen Interpretation des poetischen Gehaltes der Dramen, in der Vorführung der idealen Einheit des Kunstwerkes.

Der Beifall, den Türschmann immer aufs Neue erntet, ist erfreulich, weil er einem vom höchsten Streben erfüllten Künstler zu Theil wird; er hat aber noch eine allgemeinere Bedeutung. Unsere Zeit ist hauptsächlich berufen und in Anspruch genommen, practische Fragen im Völker- und Staatenleben zu lösen und es gewinnt bisweilen den Anschein, als habe die heutige Generation sich daran gewöhnt, den Kunstgenuß nur als mühelose Erholung von den Anstrengungen des Werktages anzusehen. Dennoch lebt tief im Herzen unseres Volkes ein inniger Hang zu dem Idealen und wenn wir in Türschmann einen Künstler erkennen, der diesen Hang zu nähren vor Vielen berufen ist, so dürfen wir auch den ihm gespendeten Beifall als tief bedeutsames Zeichen deuten, daß das Ideal nicht verstoßen sei und nur zu erscheinen brauchte, um gewürdigt zu werden.

C. B. Tr.

Aus Baiern.

Zum Jahresluß.

Die Ereignisse welche aus den letzten Wochen der bairischen Politik zu verzeichnen sind, liefern den Beweis, daß sich die Parteiverhältnisse dieses Landes und wohl auch die Haltung der Regierung stetig in jener Linie entwickeln, die durch die Versailler Verträge vorgezeichnet ist. Zwar schließt die Jahresbilanz nicht mit großen Resultaten aber doch mit den günstigsten Symptomen ab; der Vortheil, daß so manche Gefahr, welche drohte, siegreich überwunden ward, daß so viele Besorgnisse unerfüllt geblieben sind, ist auch nicht zu unterschätzen. Als feststehend darf man aufstellen, daß die

Zwecke der ultramontanen Partei immer deutlicher vom Volke erkannt und daß die Mittel derselben immer bedenklicher werden; der moralische und materielle Rückgang dieses Elementes steht für Baiern außer Frage.

Fassen wir das was in der jüngsten Zeit geschehen, im einzelnen, so müssen wir zunächst auf die Gemeindevahlen zurückkommen. Dieselben wurden vorgenommen, um die bestehenden Collegien zu einem Drittheil zu ergänzen, da sovieler Mitglieder nach Bestimmung des Looses aus denselben auszutreten hatten. Es ist richtig, daß dabei einige Städte (wie z. B. Amberg und Ingolstadt) den Klerikalen in die Hände fielen; aber im Großen und Ganzen hat sich auch hier das Princip bewahrheitet, daß die Städte von jeher die Vorkämpfer der liberalen Ideen gewesen sind. An manchen Orten war auch der Zuwachs des klerikalen Elementes nur ein scheinbarer, so z. B. in München, wo im Jahre 1869 von zehn Wahlbezirken nur drei und diesmal vier der ultramontanen Partei gehörten, denn wenn man die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen vergleicht, so haben die Ultramontanen fast um 400 Stimmen weniger als damals aufgebracht; sie vertheilten sich nur günstiger für ihre Interessen unter den einzelnen Wahlbezirken. Zu den wichtigsten Resultaten aber, welche die jüngste Zeit ergeben hat, muß man die Verhandlungen der sogenannten Landräthe rechnen. Das Gemeinwesen gliedert sich nämlich in Baiern nach drei großen Stufen. Ueber der Ortsgemeinde welche rein lokale Bedeutung hat, steht die Distriktsgemeinde die mit dem Umfange eines Bezirksamtes zusammenfällt, und über dieser die Kreisgemeinde, welche die Interessen je einer Provinz d. h. eines Regierungsbezirktes vertritt. Als Organe derselben erscheinen eben die acht Landräthe des Königreichs. Dieselben treten einmal des Jahres zusammen; die Gegenstände welche ihrer Kompetenz unterliegen, sind vor allem das Unterrichtswesen, Handel, Verkehr, Gesundheits- und Armenpflege. Die Zusammensetzung aber umfaßt alle diejenigen Faktoren, die in einem großen Gemeinwesen besondere Berücksichtigung verdienen. Es ist demnach vor allem der bedeutende (landwirthschaftliche) Grundbesitz, die Industrie, die Wissenschaft, der Klerus dort versammelt, die Sitzungen werden von dem Regierungspräsidenten eröffnet und unter der Assistenz eines Regierungscommissärs gehalten. Man kann nicht bestreiten, daß das Ergebnis bisher ein ziemlich kärgliches war und daß die ausgedehnte staatliche Curatel den Einfluß dieser Körperschaft bedeutend gemindert hat, allein das verflossene Jahr macht hievon in der That eine rühmliche Ausnahme. Nicht nur die Mitglieder sondern auch die Regierung selbst traten mit einem entschiedenen politischen Willen in die Schranken und vom Beginne bis zum Schluß beherrschte ein kräftiger liberaler Geist die Verhandlungen.

Die Eröffnung fand am 2. December statt, ihre Dauer umfaßte ca. 14—16 Tage. An der Spitze der Berathungsgegenstände stand unbedingt das

Unterrichtswesen, vor allem das der Volks- und Mittelschulen und hierin ward auch das bedeutendste geleistet. Die Gegensätze trafen schnell auf einander. Ueberall, wo es sich um Reformen in der Schule handelte, waren die anwesenden Cleriker mit der Bemerkung bei der Hand, daß diese Maßregeln zum Nachtheil der katholischen Kirche getroffen würden, speciell aber fanden sie sich dadurch verletzt, daß der Landrath die Mittel zur Bestellung weltlicher Schulinspectoren bewilligte. Nach den bestehenden Normen sind nämlich die Geistlichen principieell hierzuberufen, allein leider ist es notorisch, daß dieselben dies Amt nicht immer zum Besten der Sache verwalten und in solchen Fällen soll die Regierung das Recht haben, ausnahmsweise weltliche Inspectoren zum Ersatz zu berufen. Dieselben müssen natürlich besoldet werden, während die geistlichen Aufsichtsbeamten ihre Funktion unentgeltlich versehen und die ganze Ausnahmsbestimmung könnte demnach illusorisch gemacht werden, wenn die Landräthe die Mittel zur Aufstellung von Kreisinspectoren verweigern würden.

Man muß anerkennen, daß die Regierung energisch diesen Standpunkt vertrat und entschieden (vor allem in München selbst) die Mängel hervorhob, die die geistliche Aufsicht nach sich zieht. Die Landräthe würdigten diese Thatsache in rühmenswürdiger Weise und mit offener Hand.

Neben der Frage der Aufsicht wurde besonders die Frage der „Fortbildungsschulen“ berücksichtigt, die in erster Reihe den Ständen zu gute kommen, welche nach beendigter Volksschule keine weitere Gelegenheit zur Ausbildung mehr finden. Es ist lehrreich genug, daß gerade diese Anstalten dem Clerus ein besonderer Dorn im Auge sind; aber noch lehrreicher, daß dieselben trotz aller Contreminen einen wahrhaft überraschenden Aufschwung nehmen. Die Berichte die bei dieser Gelegenheit publicirt wurden, haben ergeben, daß in Oberbaiern allein die Schülerzahl jener Anstalten 3804 Personen ausmacht, daß der Zuwachs eines einzigen Jahres 800 beträgt; der Beitrag den der Landrath für diese Anstalten gab, beläuft sich für den einzigen oberbayerischen Kreis auf 20,000 fl. Was die Gesamtausgaben für das Erziehungswesen anlangt, so hat derselbe Kreis über eine halbe Million, der schwäbische Kreis eine viertel Million, und jeder übrige Bezirk conforme Summen bewilligt. In ähnlicher Weise sind die übrigen administrativen Zweige bedacht worden, die zur Competenz des Landraths gehören, so daß eine beträchtliche Erhöhung der Kreisumlage nöthig geworden ist. Wenn diese Errungenschaften auf natürliche Weise den Schwerpunkt der Verhandlungen bilden, so liegt doch darin nicht die einzige Bedeutung derselben, sondern die Debatte an sich bot unendlich viel, was bemerkenswerth und von dauerndem Belang ist. Vor allem haben sich die Gegensätze bedeutend geklärt; die unerbittliche Opposition welche der Clerus gegen jede Reform des Unterrichts erhebt, ist um so deut-

licher geworden, die Regierung aber, welche die bezüglichen Postulate vertrat, war um so mehr genöthigt, den geistlichen Standpunkt anzugreifen. Jedemfalls aber konnte der Staat bei dieser Gelegenheit auf's neue gewahren, was er zu erwarten hätte, wenn er den Ultramontanen die Macht überließe und daran kann der bayerische Staat nicht oft genug erinnert werden. Den Beschlüssen, die der Landrath gefaßt hat, werden Wünsche und Anträge angereicht, welche lediglich auf dessen eigener Initiative, nicht auf den Positionen der Regierung beruhen, und auch diese sind von demselben freisinnigen und nationalen Geiste erfüllt.

Wenn es sich in der Sphäre, von welcher wir soeben gesprochen, wesentlich um den niederen Unterricht gehandelt hat, so sind indessen auch in den akademischen Kreisen Münchens brennende Fragen hervorgewachsen. Die eine derselben die durch ihre endlose Verschleppung beinahe zur Seeschlange geworden ist, ist die Besetzung des Lehrstuhls, den Dr. von Haneberg, der jetzige Bischof von Speyer, in der theologischen Fakultät zu München inne hatte. Bekanntlich war zu dessen Nachfolger durch Senatsbeschuß Prof. Himpel in Tübingen berufen, der es aber vorzog abzulehnen, statt sich mit dem Ordinariat München in Conflict zu setzen; seitdem kam die theologische Fakultät auf ihren früheren Wunsch zurück, daß der Lycealprofessor Grimm in Regensburg die fragliche Stelle erhalten solle. Allein, ob der Senat, in welchem die vier übrigen Fakultäten mitzusprechen haben, sich diesem Votum anschließt und ob die Staatsregierung Lust trägt, die erste Hochschule des Landes abermals zum Zielpunkt klerikaler Parteigelüste zu machen, bleibt eine andere Frage. Schlimm genug ist es jedenfalls, daß man mit der Antwort so lange säumt, und dadurch den Schein erregt, als sei eine wissenschaftliche Fakultät des Staates ein Agh klerikaler Interessen.

Eine zweite brennende Frage, die sich aber wohl rascher entscheiden dürfte und höchst wahrscheinlich bereits gelöst ist, wenn diese Zeilen an Ihre Leser gelangen, ist die Berufung Pettenkofers nach Wien. Dieselbe berührt zwar primär die Universität, zu deren berühmtesten Lehrern der Genannte zählt, aber weiterhin auch die Staatsverwaltung, da Pettenkofer ein Mitglied und wohl die Seele des obersten Medicinalcollegiums in Baiern ist, und da seine Wirksamkeit für die praktische Gesundheitspflege fast noch tiefer greift als seine academische Thätigkeit. Unter diesem Gesichtspunkt hat es sich auch die Gemeindevertretung zur Pflicht gemacht, sein Verbleiben mit allen nur möglichen Mitteln zu erwirken, indem ihm der Magistrat sofort das Ehrenbürgerrecht verlieh und durch eine Deputation beim Minister des Innern, wie beim Cultusministerium die erforderlichen Schritte zu seiner Erhaltung that. Sieht man den Fall von dieser administrativen Seite an, so findet man zugleich die Erklärung, warum Herr von Pettenkofer so geneigt ist, dem Rufe nach Wien

zu folgen, denn man wird dort seinen sachlichen Bedingungen weit mehr entgegenkommen, als dies bisher in München geschah; man wird den Grundsätzen, die er für die Hygiene aufstellt, eine Durchführung sichern, welche er bisher hier vermißt hat. Nur wenn die bayerische Regierung nach dieser Seite hin Zusicherungen macht, wird sie Hoffnung haben, die Concurrnz mit der österreichischen Kaiserstadt erfolgreich zu bestehen.

Das aufregendste Interesse bietet dem Publikum noch immer der Fall der Dachauerbanken. Die Einrichtung und der Geschäftsbetrieb derselben sind so vielfach besprochen worden, daß wir sie als bekannt betrachten dürfen; nicht minder weiß man zur Genüge, welche Elemente wesentlich in dieser Angelegenheit engagirt waren. Die Energie, mit welcher die Regierung schließlich die Krisis zu Ende brachte, verdient zwar alle Anerkennung, umso mehr, da die juristische Seite der Sache die mannigfachsten Schwierigkeiten bot, allein mit Recht betonten die meisten bayerischen Organe auch den entgegengesetzten Gesichtspunkt, daß die Regierung ernstlich erwägen möge, ob ohne ihre Nachsicht solche Zustände sich hätten entwickeln können. Die Untersuchung gegen Adele Spitzeder, die als Erfinderin jener finanziellen Idee zu betrachten ist, hat sich Anfangs nur auf Prüfung der Vermögenslage beschränkt, jetzt aber erstreckt sie sich auf die strafrechtliche Seite ihres Geschäftsbetriebs, die sich zwar nicht als gemeiner Betrug, wohl aber als betrügerischer Bankerott charakterisirt. Gleichzeitig mit ihr wurden noch eine Reihe von ähnlichen Bankhaltern, die das große Original nicht ohne Erfolg copirten, festgesetzt, so daß das ganze weitverzweigte Gewerbe dieser Bauernfänger nunmehr sistirt ist. Der letzte, welcher verhaftet wurde, war ein Graf Friedrich von Holnstein, der sein Geschäft erst auf den Trümmern der übrigen errichtet hatte und glücklicherweise nur kurze Zeit im Betriebe hielt. Neben dem Criminalverfahren werden natürlich die Vorbereitungen zur Gant mit großem Eifer gefördert, allein die Durchführung derselben nimmt solche Dimensionen an, daß man sogar auf eine Vermehrung des Gerichtspersonals bedacht sein mußte, und daß man noch immer mit der Feststellung der Präparatorien beschäftigt ist. Bis jetzt haben hauptsächlich die Betheiligten, die in der Stadt München selbst wohnen, ihre Forderungen angemeldet, die größere Masse der bäuerlichen Kundschaft wird mit ihren Ansprüchen erst hervortreten, wenn das Ganterkenntniß erlassen und die Edictstage bestimmt sind. Wahrscheinlich werden dann die einzelnen Landgerichte delegirt werden, die Anmeldung der Forderungen entgegenzunehmen, so daß die Gesamtsumme der Passiven vorher nicht bestimmbar ist. Daß einige klerikale Blätter auch noch nach dem Sturze den Rath gaben, die Leute möchten ihre Wechsel doch nicht vor Gericht produciren, es sei keine Ueberschuldung vorhanden und sie würden bald die früheren Vor-

theile außs neue gewinnen können, ist bekannt genug, allein hoffentlich werden doch nur einige Thoren diesen perfiden Rath befolgen.

Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß diese ganze Angelegenheit ein schwerer Schlag für die clericale Partei in Baiern und speciell für die katholische Presse dieses Landes ist, denn der Eifer, womit die extremen Organe sich der Sache annahmen, war gar zu drastisch und wirft auf die Disciplin im katholischen Lager ein bedenkliches Streiflicht. Kurz darauf ergriff sogar der Redacteur des „Volksboten“ die Flucht und nachdem er sich auf Distance über seine Beziehungen zur Spitzeder'schen Bank geäußert hatte, erfolgte zugleich die Erklärung, daß das Blatt vom 1. Januar ab eingehen werde. Während der fünfziger Jahre war der „Volksbote“ eines der mächtigsten Parteiorgane in Baiern; denn die Reaction, die damals herrschte, schuf seiner Thätigkeit einen doppelt günstigen Boden; aber auch noch in letzter Zeit erzielte er einen Reinertrag von 6000 fl. Heute ist das Blatt durch seine Mißwirthschaft und seine Extravaganzen erst moralisch und dann materiell unmöglich geworden.

An seine Stelle soll ein anderes clericales Organ treten, das sich der „Volksfreund“ betitelt und von dem Priester Dr. Rittler redigirt werden wird. Ganz abgesehen von der Tendenz, die dieser Name erwarten läßt, ist überhaupt der Augenblick für katholische Blätter kein günstiger; denn das Landvolk ist zum Theil durch Schaden klug geworden, manche geistliche Oberbehörden sind wie es scheint der Unannehmlichkeiten müde, in welche sie fortwährend durch jene extremen Publicisten verwickelt werden und die gebildeten Katholiken beginnen nicht minder das peinliche zu begreifen, daß derartige Elemente sich als Parteiorgane geben. Die Polemik die durch den Bischof Heinrich von Passau in die katholische Presse hineingetragen ward, dauert noch unvermindert fort, sie betrifft zwar zunächst nur das Treiben der Casinos und Bauernvereine, aber in weiterer Folge natürlich auch die Presse, welche dieses Treiben befürwortet. Und da auch viele der sog. gemäßigten Blätter diesen Hebel für die katholischen Interessen nicht missen wollen und deßhalb heftig gegen das „Tageblatt“ des Bischofs von Passau eifern, so gewinnt diese Polemik einen noch viel weiteren Wirkungskreis.

Wären die Katholiken klug, so würden sie im gegenwärtigen Augenblick, der ja ihren Interessen so wenig günstig ist, ihren Bestrebungen möglichst jede demonstrative Spitze abbrechen, um bei den Regierungen wenigstens den Anschein, wenn auch nicht die Ueberzeugung wachzurufen, daß sie sich der staatlichen Gewalt in voller Ordnung fügen, allein immer wieder begegnen wir den verschiedensten Provocationen. So versuchte es das Stadtpfarramt von St. Peter in München beim Begräbniß eines hochgeachteten Altkatholiken, das Glockengeläute zu inhibiren, und als die Kreisregierung von Oberbaiern

ihre Mißbilligung hierüber aussprach, veröffentlichte der „bayerische Kurier“ die Nachricht, daß sich das Ordinariat mit der Handlungsweise des genannten Pfarramts ganz einverstanden erklärt habe, indem es überdies die „Genugthuung“ betonte, die dem letzteren damit zu Theil geworden sei. Man kann es natürlich einem Geistlichen nicht verwehren, daß er die oberhirtliche Zufriedenheit mit diesem Gefühl hinnimmt, aber vom weltlichen Standpunkte aus wäre es zu erwägen gewesen, daß in dieser „Genugthuung“ zugleich ein verletzender Schlag gegen die Regierung liegt, die ganz in den Grenzen ihrer Kompetenz gehandelt hat und sich das Recht nicht streitig machen läßt, über staatskirchenrechtliche Fragen nach eigenem Ermessen zu entscheiden.

Solche Zwischenfälle zwingen geradezu die Staatsregierung, energischer vorzugehen, als sie es ihrem Charakter nach liebt, und sie veranlassen die öffentliche Meinung, daß sie immer stärker auf eine Offensivpolitik gegen den Ultramontanismus dringt. Denn auch die Autorität des Staates, nicht bloß das Stadtpfarramt von St. Peter, ist der „Genugthuung“ bedürftig.

Die Unhaltbarkeit der klerikalen Zustände in Baiern ist es auch, welche die Blicke aller Einsichtigen immer mehr auf die Thätigkeit der Reichsgewalt hinlenkt und einen mächtigen Hebel für das nationale Bewußtsein bildet. Unter diesem Gesichtspunkt billigt man in Baiern das Streben nach endlicher Rechtsgemeinschaft, die Theilnahme die man z. B. der berühmten Rede Falk's, die man den Verhandlungen über die Kreisordnung zollte, fand darin ihre Spitze. Sieht man darauf, ob im Laufe dieses vielbewegten Jahres das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Zuversicht des Volkes in die Politik des Reiches gewachsen ist, so hat Baiern auch in dieser Beziehung einen reichen Aktivstand zu verzeichnen. E.

Unpolitische Briefe aus Berlin.

Kürzlich brachten die Zeitungen ein Schreiben des Herrn Alexandre Dumas an einen Berliner Theateragenten, der wegen der Ueberlassung eines neuen Stückes um einen hohen Preis unterhandelte. Herr Dumas erklärte, daß ihm der gebotene Preis nicht genüge, daß er anstatt desselben das Elsaß fordere. Wir wollen das französische Drama nicht, wenigstens in seinen wirklich talentvollen Erzeugnissen nicht, von unserer Bühne verschwinden sehen. Wir wollen die Allempfänglichkeit unserer Bildung um keinen Preis aufgeben. Zur Bildung gehört freilich mehr, als die Fähigkeit, Alles durcheinander zur